„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die deutsche Befreiungspolitik und ihre Zukunft.

Die von den Nationalisten und Sozialisten soeben gestürzte deutsche Regierung Marx hat sich unzweifelhaft in der Geschichte aller Zeiten einen ehrenvollen Namen erworben. War sie es doch, welche nach den zum Teil erfolglosen Bemühungen früherer Jahre das deutsche Volk endgültig aus der Isolierung der Nachkriegszeit herausgeführt und ihm die Stellung eines gleichberechtigten Faktors im Konzert der Großmächte zurückerobert hat. Heute steht Deutschland nicht mehr als der Besiegte da, der sich von jedem Lausbuben mit Schmutz und Steinen bewerfen lassen muß, sondern als eine neuverjüngte Großmacht, welche die Feuerprobe der bitteren Leidenszeit glänzend bestanden hat, welche aus dem Not und Elend der letzten Jahre neue Kräfte für einen neuen Aufstieg gewonnen hat. Das deutsche Volk ist der beste Beweis dafür, daß mutig ertragenes Leid zu einer Quelle sittlicher und nationaler Kraft werden kann. Die Periode der schmählichen Diktate und Sanktionen, der Besatzungschikanen und anderen Willkürmaßnahmen ist vorbei, doch möge diese Zeit der Erniedrigung niemals vergessen werden. Wohl drücken noch ungerechte Lasten wie die des Dawesplanes auf die Schultern der deutschen Wirtschaft, wohl stehen noch Zehntausende von ausländischen Truppen auf deutschem Boden, wohl besteht der Versailler Vertrag noch auf dem Papier und in den Köpfen der alten unverbesserlichen Deutschenfeinde, wohl gibt es immer noch geistig beschränkte Menschen da und dort, welche dem deutschen Schaffen und Streben in der Welt nicht den Platz an der Sonne gönnen möchten. Aber auch diese letzten Schranken und Fesseln werden noch fallen, wenn die kommende deutsche Regierung, unterstützt von einer Mehrheit des Reichstages, den Kurs der Befreiungspolitik, wie er von Kanzler Marx und Dr. Stresemann eingeleitet worden ist, zielbewußt weiterverfolgt.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns in innerdeutsche Verhältnisse einzumischen. Doch gewinnt man hier den Eindruck, als habe „Genosse" Scheidemann in der Reichstagsdebatte zum sozialistischen Mißtrauensantrag sich mit seinen törichten „Enthüllungen" über angebliche deutsche Geheimrüstungen kein Ruhmesblatt erworben. Solche lächerliche „Enthüllungen" haben nur den einen Erfolg, daß sie die Weltmeinung ganz unnötigerweise gegen Deutschland vergiften, ohne daß auf der anderen Seite der deutschen Sache auch nur der geringste Dienst erwiesen wird. Darüber sollte man sich auch allmählich in sozialistischen Kreisen klar werden und den alten Wahn von internationaler Verbrüderung und pazifistischer Weltregierung auf immer und ewig begraben. Wenn die deutsche Jugend sich durch Sport oder vielleicht auch durch Manöverspiel körperlich ertüchtigt, ist das etwa eine Gefahr für den Weltfrieden? So wenig wie die Rüstungen des alten Kaiserreichs den Weltfrieden gefährdeten, wenn nicht der Neid und die Rachsucht einen furchterlichen Bund gegen das fleißige und vorwärtsstrebende deutsche Volk geschlossen hätten.

Ueber die zukünftige Gestaltung der Regierungsverhältnisse Deutschlands liegen bis jetzt noch keine klaren Berichte vor. Die demokratischen und republikanischen Kreise mögen wohl die Sozialisten als zukünftige Bundesgenossen bevorzugen; doch scheint es zweifelhaft zu sein, ob sie, die in der Kritik und im Agitieren immer stark waren, Lust dazu verspüren, sich mit den anderen Parteien in die Last der Verantwortung zu teilen. Eine andere Möglichkeit ist die Verbreiterung der Regierungsbasis durch die Deutschnationalen, welche sich bei der Entscheidung über den Locarnopakt nicht rühmlich benommen haben und damals aus der Regierung ausgeschieden sind. Von der Mitarbeit dieser Kreise dürfte aber wenigstens das eine zu erwarten sein, daß sie mit einem gewissen Gefühl für nationale Würde an die Lösung der kommenden Probleme herantreten. Mag die Entscheidung fallen wie sie will, der zukünftige Kurs der deutschen Politik ist durch Marx und Stresemann vorgezeichnet. Der Eintritt in den Völkerbund und die Aufhebung der alliierten Militärkontrolle sind zwei Wegweiser, an denen keine deutsche Regierung achtlos vorübergehen kann. Soweit als möglich, friedliche Zusammenarbeit mit den anderen Mächten, aber zugleich auch Befreiung von den letzten Fesseln des Versailler Vertrages, bis das deutsche Volk seine Kräfte in jeder Richtung wieder frei entfalten kann.

Stresemann über die Genfer Konferenz.

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Assoziierten Presse, daß sich der Weltkrieg nie ereignet hätte, wenn die Staatsmänner Europas vor dem Jahre 1914 so viele Gelegenheit gehabt hätten, wie sie jetzt der Völkerbund bietet, zusammenzukommen und ihre Angelegenheit zu besprechen.

Dr. Stresemann meinte bei Erörterung des Resultates der Genfer Konferenz, daß zur Aufhebung der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland und zur Ueberleitung der Ueberwachung deutscher Rüstungen nicht nur Frankreich, sondern alle früheren Kriegsgegner Deutschlands beigetragen haben.

Er erklärte: „Wenn die Staatsmänner Europas im Jahre 1914 vier oder fünf Wochen hätten konferieren können, wie es die Außenminister in Locarno und in Genf getan haben, und die damalige Lage wäre von ihnen offen und rückhaltlos besprochen worden, würde nach meiner Ueberzeugung der große Weltkrieg verhütet worden sein."

Dr. Stresemann sagte, daß der Völkerbund zum raschen und harmonischen Wiederaufbau Europas notwendig und nützlich sei, und er fügte hinzu, daß Europa einen weiteren Krieg einfach nicht aushalten könne. Die Locarno-Konferenz und die Zusammenkünfte in Genf haben, wie er ausführte, ein neues philosophisches System in die Staatskunst eingeführt, und das sei das direkte Verfahren. Allen Vertretern der anderen Länder, mit denen er unterhandelte, spendete Dr. Stresemann uneingeschränktes Lob. Er hob besonders hervor, daß Außenminister Vandervelde von Belgien in den schwierigen Unterhandlungen die Vermittlerrolle spielte. Die Haltung des belgischen Außenministers sei bedeutsam für das neue Europa, das auf Zusammenwirkung und Versöhnung beruhe.

Sir Austin Chamberlain erklärte, daß die getroffene Vereinbarung absolut bindend und Veränderungen in der Regierung eines der beteiligten Länder nicht annulliert werden könnte.

Einige Londoner Zeitungen gaben der Hoffnung Ausdruck, daß man die alliierten Truppen aus dem Rheinland so bald als möglich zurückziehen werde. Sie erklären, daß die Fortdauer der Besatzung nicht nur für Deutschland entwürdigend und anstößig, sondern unnötig und unklug sei.

Die französische nationalistische Zeitung „L'Avenir", ein Organ der Anhänger des früheren Präsidenten Millerand schreibt heute: „Noch eine solche Konferenz und Frankreichs Isolierung wird der ganzen Welt offenbar werden."

Weltumschau

Deutschland.

Im Reichstag brach ein großer Tumult los, als Philipp Scheidemann, der Führer der Sozialdemokraten, den Reichswehrminister Geßler angriff. Er erhob die Beschuldigung, daß im Staatshaushalt für die Herstellung und Aufbewahrung von Waffen und Flugzeugen in Rußland ein geheimer Fond bestehe. Die Rechtsparteien erwiderten den Vorwurf mit den Rufen „Verräter", „Schurke". Die Deutschnationalen wiesen auf die diplomatische Tribüne, auf welcher ausländische Vertreter, darunter der amerikanische Botschafter Schurman saßen. Sie riefen: „Warum diese Dinge unseren Feinden enthüllen?" und verließen den Saal. Scheidemann unternahm den Vorstoß, um das Ministerium Marx zu stürzen. Er erwiderte, daß die Alliierten alles über die „verrotteten militaristischen Zustände in Deutschland kennen." Kanzler Marx hielt eine Rede, in welcher er die Versuche zum Sturz des Kabinetts tadelte. Er wies darauf hin, daß der Sturz Minister Stresemann's Politik der Versöhnung mit den Alliierten gefährden könne, die einzige Hoffnung auf Deutschlands wirtschaftliche und politische Genesung. Er habe den Sozialisten einen Platz im Kabinett angeboten, sei aber abgewiesen worden. In einer Erwiderung an Scheidemann bestritt der Kanzler die Behauptung, daß Staatsgelder rechtswidrig für militärische Zwecke verwendet würden. Er sagte, der Reichstag werde als ein wirksames Werkzeug zur Sicherung des Staates angesehen. Scheidemann's Vorwürfe beziehen sich auf Verhältnisse vor Jahren, die heute nicht mehr bestehen. Marx ließ durchblicken, daß sein Ministerium mit Versuchen, die Sozialisten in die Koalitionsregierung aufzunehmen, fertig sei.

Deutschland ist Mitglied des Weltgerichts geworden. Der deutsche Minister des Aeußern, Dr. Gustav Stresemann, unterzeichnete in Genf das Protokoll, womit das Reich in die Reihe der Weltgerichtsmächte eintritt. Die Entscheidung kommt plötzlich, war aber zu erwarten. Deutschland hatte sich bereits lange mit der Absicht getragen, dem Welttribunal beizutreten, legte sich aber Reserve auf, um die Entschließung der Ver. Staaten abzuwarten. Man sagt sich nunmehr in deutschen Kreisen, die Aufnahme Amerikas würde zweifelsohne auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da die Ver. Staaten die Annahme des Gerichtsprotokolls in seiner gegenwärtigen Form verweigern und die von Amerika gestellten Ausnahmebedingungen für das Weltgericht unannehmbar sind.

Das Direktorium des Norddeutschen Lloyd beschloß, den Kontrakt für den Bau zweier transatlantischen Dampfer der „Columbus"-Klasse zu vergeben. „Columbus" ist bekanntlich der größte und schnellste aller deutschen Dampfer. Die neuen Dampfer werden je 46,000 Registertonnen aufweisen und mit Maschinen ausgerüstet sein, die es ihnen ermöglichen werden, New York von Bremerhaven aus in sechs und von Häfen des Englischen Kanals aus in fünf Tagen zu erreichen.

Unterhandlungen für ein Zusammenarbeiten zwischen dem deutschen Farbentrust und amerikanischen Petroleum-Interessen schreiten nun voran, wie bei einer Sitzung der Direktorenbehörde des Trusts bekanntgemacht wurde. Einzelheiten über die Unterhandlungen oder die künftigen Pläne der deutschen Organisation wurden nicht erörtert. Das Problem, Petroleum aus der Kohle zu entziehen, wird, wie angegeben wurde, in den Laboratorien in Merseburg studiert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Trusts haben neue und billigere Methoden entdeckt, auf Grund des Bergius-Prozesses aus Kohle unter hohem Drucke zu gewinnen. (Ueber diese Methode brachte der „Courier" in letzter Ausgabe einen interessanten Artikel.)

Die philosophische Fakultät der Hamburger Universität hat Hugo Ibscher zum Ehrendoktor ernannt. Ibscher, ein früherer Buchbinderlehrling, wurde im Jahre 1891 in der Kartierungsabteilung der Berliner Museen angestellt, um dort den Professoren bei der Wiederherstellung und Konservierung der Papyrusrollen zu helfen. Heute ist Ibscher in diesem Fach ein in der ganzen wissenschaftlichen Welt anerkannter Sachverständiger geworden. Er hat die alten Sprachen gelernt, in denen die Urkunden, die in seine Hände kamen, geschrieben waren, und ihm ist es zu danken, daß viele Papyrusrollen, die in ganz kleine Bruchstücke zerfallen waren, wieder lesbar geworden sind. Auf diese Weise wurde unter anderen das älteste Drama der Menschheit bekannt; das demnächst veröffentlicht werden wird. Auswärtige Universitäten haben Ibscher wiederholt berufen und jetzt erwartet ihn der Vatikan. Von der Berliner Akademie der Wissenschaften wurde Ibscher vor einiger Zeit durch Verleihung der Leibniz-Medaille ausgezeichnet.

Oesterreich.

Verschiedene Personen wurden in Wien verwundet, als die Polizei mit gezogenem Säbel eine aufrührerische Menge von Arbeitslosen angriff. Die Leute hatten sich vor dem Parlament versammelt und verlangten, daß der Staat unter die Arbeitslosen eine Weihnachtsgabe von 3,500,000 österreichischen Schillingen verteile. Mehrere Demonstranten kamen in Haft.

Jacob Ahrer, der frühere Finanzminister, dessen persönliches Zeugnis in Verbindung mit einer Parlamentsuntersuchung über einen angeblich von ihm ohne Regierungsgenehmigung mit der staatlichen Sparbank abgeschlossenen $11,000,000-Kontrakt gewünscht wird und der jetzt in Havana, Cuba, weilt, ist bereit, Fragen, die ihm vom österreichischen Konsul in Havana vorgelegt werden, unter Eid zu beantworten. Er weigert sich aber nach Oesterreich zurückzukehren. In einer Kabeldepesche an Kanzler Seipel erklärt Ahrer, daß er im Begriffe stehe, eine Stelle zur Aufbringung seines Lebensunterhaltes anzutreten, und er könne nicht nach Wien zurückkehren.

Rumänien.

Reisende aus Bukarest, die über die Verhältnisse am Hofe sehr gut informiert sind, erklären, daß König Ferdinand von Rumänien nur noch einige Wochen und höchstens einige Monate zu leben habe. Sie behaupten, daß die an dem König kürzlich vorgenommenen Operationen nur Notbehelfe gewesen seien und daß das krebsartige Gewächs in seinen Eingeweiden nicht berührt wurde. Die Aerzte zögern, den notwendigen chirurgischen Eingriff zu unternehmen, der eine Besserung des Zustandes des Patienten sichern könnte, da sie befürchten, daß eine so schwere Operation den sofortigen Tod des außerordentlich geschwächten Königs zur Folge hätte. Die Gewährsleute behaupten, daß der König seinen Sohn Carol gern sehen möchte, daß sich aber König Marie und die Brüder Bratianu, die die politischen Angelegenheiten Rumäniens beherrschen, einem Besuch des früheren Kronprinzen am Krankenbett seines Vaters stark widersetzen.

Rumänien gedenkt seine Vermittlerdienste für die Schlichtung des Haders anzubieten, der zwischen Italien und Südslawien ob des Vertrags entbrannt ist, den Italien mit Albanien abgeschlossen hat. Rumänien will den Abschluß eines Balkanpaktes, nach dem berühmten Muster des Locarnopaktes, vorschlagen. Es befindet sich gegenwärtig in einer heiklen Situation. Mit Italien hat Rumänien im September einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen und war doch gleichzeitig eine Macht, die zu der „Kleinen Entente" gehört, in welcher Südslawien eine große Rolle spielt und deren Zersetzung infolge des Vertrags Italiens mit Albanien droht. Die „Kleine Entente" will aber Rumänien zusammenhalten, das ist ein Hauptziel seiner politischen Bestrebungen. Man hört daher, daß der rumänische Gesandte in Belgrad, Theodore Emandi, von dem Auswärtigen Amt den Auftrag erhalten hat, den Vorschlag Rumäniens dem südslawischen Kabinett zu unterbreiten. Eine Neuorientierung der Außenpolitik Belgrads wünscht Rumänien zu verhüten, weil dadurch die beiden Länder in zwei gegnerische politische Lager gedrängt werden könnten.

Der Kurs des rumänischen Lei sank plötzlich von 199 auf 209 auf den Dollar. Die Regierung hat verfügt, daß ausländisches Geld vorläufig nur durch Vermittlung des Finanzministeriums angekauft werden darf. In Finanzkreisen glaubt man, daß auswärtige Spekulanten versuchen, die politische Unruhe im Lande angesichts der Erkrankung König Ferdinand's auszunutzen.

Im Kriegsministerium ist ein Gesetz betreffend die Reorganisierung und Verjüngung der Armeekader in Vorbereitung. Es wird angeblich der Zweck verfolgt, jüngeren Offizieren, „die für moderne Kultur einen weiten Gesichtskreis haben und mit den neuesten Fortschritten der militärischen Wissenschaft vollkommen vertraut sind", eine rasche Vorrückung zu ermöglichen. Nach der Annahme des Gesetzes würden etwa 40 Generale in Pension geschickt und in den obersten Rangstellen der Armee eine durchgreifende Veränderung durchgeführt werden. Kriegsminister General Mirecescu will die Vorlage unter Umgehung der üblichen Prüfung durch die obersten militärischen Ratstellen demnächst dem Parlament zuschicken.

Polen.

Premier Pilsudski ist über deutsche Rüstungen nicht besorgt. Er glaubt, daß die polnische Presse die Gefahr für Polen übertreibt.

Frankreich.

Das französische Kabinett hat dem zwischen Briand und Dr. Stresemann getroffenen Abkommen über die Frage der interalliierten Militärkontrolle zugestimmt und gleichzeitig den Versuch gemacht, sich einen Anteil an dem Verdienst der Lösung dieses heiklen Problems zuzuschreiben. In einer von Senator Raut veröffentlichten offiziellen Erklärung heißt es nämlich: „Der Ministerrat hat seine Uebereinstimmung mit dem Außenminister ausgedrückt und beglückwünscht sich selbst zu dem glücklichen Resultat der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und Herrn Briand."

Bei der Ankunft Briands von Genf veranstalteten Royalisten und Nationalisten am Bahnhof eine feindselige Demonstration gegen den Außenminister. Die Polizei verhaftete 15 Personen.

Zum erstenmal seit Jahren nahm die französische Kammer ein Budget an, das einen Ueberschuß vorsieht. Bereits am 4. Dezember hatte die Kammer die Etatbewilligungen genehmigt, jetzt geschah ein gleiches mit dem Steuerabschnitt des Budgets. Die Annahme erfolgte mit 410 gegen 135 Stimmen. Das Budget umfaßt: 39,634,408,000 Francs Ausgaben, 40,900,160,000 Francs Einnahmen, was einen Ueberschuß von 464,752,000 Francs bedeutet.

Die durch Kurssteigerung erfolgte Erhöhung des Frankenwertes hat in Kreisen der französischen Eisenindustrie Befürchtungen wegen des künftigen Geschäftsganges ausgelöst, die um so berechtigter zu sein scheinen, als diese Schwierigkeiten, die sich aus dem höheren Währungskurs für die Schwerindustrie ergeben müssen, gerade jetzt auftauchen, wo der englische Streik beendet ist. In Kreisen der Geschäftswelt ist man über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse sehr beunruhigt und der Standpunkt Poincares, daß mit der Stabilisierung des Franken gewartet werden soll, erregt Besorgnis. Die Krise wird in Fachkreisen für den Moment angekündigt, wo sich die äußere Kaufkraft mit der äußeren decken wird. Man gibt zu, daß die wirtschaftliche Kraft von Frankreich gewiß enorm, das Vertrauen wiederhergestellt und die Katastrophenstimmung verflogen sei, daß aber trotzdem die heftigen Schwankungen der letzten Wochen zu beweisen scheinen, daß es nun Zeit wäre, die Erfolge zu sichern, die Ernte hereinzubringen und den Wert des Franken zu stabilisieren.

Seit dem Jahre 1885 ist in Frankreich keine Frau hingerichtet worden und von der so geschaffenen Tradition wird auch im Falle der Frau Lefebre nicht abgewichen werden. Präsident Doumergue hat das ergangene Urteil der Hinrichtung durch das Fallbeil in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt. Die Frau war schuldig befunden worden, ihre Schwiegertochter in einem Automobil erschossen zu haben, weil sie auf diese eifersüchtig war und sie beschuldigte, ihr die Zuneigung des Sohnes geraubt zu haben. Nur wenige Frauen sind in den letzten Jahren in Frankreich zum Tode verurteilt worden und bei allen, mit Ausnahme der Frau Lefebre, wurde von der Begnadigungsbehörde das Urteil in Gefängnis umgewandelt.

Dänemark

Am 1. Januar 1927 wird Dänemark zum Goldmünzfuß zurückkehren. Dies wird im Lande nur sehr wenig Veränderungen bringen, da der Goldumlauf in Dänemark stets beschränkt war. Banknoten werden nach dem 1. Januar bei der Nationalen Bank in Goldmünzen eingewechselt werden können. Die Nationalbank wird im Auslande lediglich kleinere Kredite aufnehmen, um während der Uebergangsperiode den Wechselkurs zu stützen.

König Christian beauftragte den früheren Landwirtschaftsminister Madsen Mygdal, ein liberales Kabinett als Nachfolger der sozialistischen Regierung von T. A. M. Stauning zu bilden, die in den jüngsten Parlamentswahlen in die Minderheit geriet. Die Aufforderung des Königs erging, nachdem die Konservativen und unabhängigen Liberalen versprochen hatten, eine liberale Regierung zu unterstützen.

Holland.

Der vormalige deutsche Kaiser ist in Doorn durch Influenza ans Bett gefesselt. Die Krankheit begann mit einer Erkältung. Im vorigen Monat litt der frühere Kaiser an einer kurzen, aber heftigen Erkrankung. Es hieß damals, Mitglieder seiner Familie würden gerufen. Er ist 67 Jahre alt.

Albanien.

Die albanische Regierung hat dem Premier Mussolini für den jüngsten Abschluß des Freundschaftsvertrages Italiens mit Albanien das Große Band des Busa-Ordens verliehen, und König Victor Emanuel von Italien hat dem Präsidenten von Albanien, Achmed Zagul, das Grafenband des Moritz-Ordens zukommen lassen. Anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags tauschten Mussolini und Achmed Zagul miteinander Glückwunschtelegramme aus, in welchen sie sagten, der Vertrag werde die Freundschaftsbande festigen, die zwischen den beiden Ländern beständen.

Türkei.

Eine außerordentliche Sitzung des Kabinetts wurde einberufen. Ueber die Tagesordnung verlautete nichts, doch glaubt man, daß die allgemeine Unruhe auf dem Balkan über den jüngsten italienisch-albanischen Vertrag die Kabinettssitzung veranlaßte.

Mexiko.

Das Kriegsdepartement hat allen militärischen Befehlshabern im ganzen Lande aufgetragen, irgendwelche Personen, die umstürzlerische oder gegen die Regierung gerichtete Propaganda machen, schwer zu bestrafen.

Prinz Heinrich von Preußen, ein Bruder des ehemaligen deutschen Kaisers, befindet sich nach kurzem Aufenthalt in Mexiko wieder auf der Heimreise. Er bediente sich bei der Rückfahrt des deutschen Dampfers „Rio Bravo".

China.

Verläßliche Berichte aus Futschau melden, daß General Tschang-Ji, ein Befehlshaber der Nordarmee, der fast hundert Städte in der Gegend von Futschau geplündert hat, nachdem er bei der Verteidigung der Stadte zurückgeschlagen wurde, sich den Südkräften ergeben habe. Die Bedingungen, unter denen er sich ergab, wurden nicht bekannt gegeben.

Eine Hilfskommission berichtete, daß 70,000 Personen durch die von den Truppen des Generals Tschang-Ji angerichteten Verwüstungen obdachlos gemacht wurden, und daß sofortige Hilfe notwendig sei.

Berichte von Hankau besagen, daß die chinesischen Angestellten der Anlagen der Standard Oil Co. in Tanschuitschi an den Ausstand gegangen seien und amerikanische Kanonenboote das Eigentum bewachen. Im übrigen ist die Lage in Hankau ruhig. Der Russe J. Borodin, welcher der hauptsächlichste Ratgeber der Kantoner Regierung ist, ist hier mit anderen Beamten jener Regierung eingetroffen. Wutschang, auf der anderen Seite des Flusses gelegen, ist das neue Hauptquartier jener Regierung, welche diese Stadt zur „Hauptstadt von China" erhoben hat.

Der deutsche Flugdienst der beste der Welt.

Was ein Franzose sagt.

General Boucabeille, der sich als Führer einer Delegation der französischen Handelskammer nach Deutschland begeben hatte, um die Organisation des deutschen Flugdienstes zu studieren, äußerte seine Eindrücke in Deutschland u. a. wie folgt:

Der deutsche Flugverkehr sei augenblicklich der am meisten entwickelte der ganzen Welt. Die Alliierten seien selbst schuld daran. Der Versailler Vertrag habe den Deutschen die Militärfliegerei verboten und sie gezwungen, alle ihre Anstrengungen auf dem Gebiete des Handelsflugdienstes zu entfalten. Im eigentlichen Sinn des Vertrages seien die Handelsflugzeuge nicht von einem Tag auf den andern in Militärflugzeuge umzuwandeln.

Für die Industrie, die auf die Bedürfnisse des Privatluftverkehrs eingestellt sei, würde es jedoch eine Kleinigkeit sein, inner- und außerhalb Deutschlands Jagd- und Bombenflugzeuge herzustellen. Die Deutschen besäßen in die Zukunft des Flugdienstes für die Wirtschaft ein unbedingtes Vertrauen. Besonders beachtenswert sei ferner die ganz ungewöhnliche Sorgfalt, mit der die Deutschen ihren Luftverkehr mit anderen Verkehrsmitteln in Verbindung brächten, eine besonders wichtige Frage, die man in Frankreich viel zu wenig beachte. Es sei für Frankreich höchste Zeit, das Flugzeug als etwas anderes als ein bloßes Sport- oder Kampfmittel zu betrachten.

Von deutscher Wirtschaft und Kultur in der Krim

Aus dem Briefe eines deutschen Lehrers.

Die letzte Ernte fiel für die Krim nicht besonders günstig aus, obwohl die Saaten anfangs Juni sehr gut standen. Während zweier Wochen nach dem 15. Mai gingen ausgiebige Strichregen nieder, die aber örtlich sehr begrenzt waren. Wo der Regen niederfiel, versprachen die Wintersaaten eine reiche Ernte. Das Sommergetreide war allerorten so sehr durch Steinklee verunkrautet, daß der Regen nur wenig Nutzen brachte. Die zweite Hälfte des Juni brachte uns trockene, heiße Ostwinde, infolgedessen gelangte das Getreide sozusagen über Nacht zur Reife. Der Ernteertrag fiel überall in der Krim ziemlich gleichmäßig aus. Winterweizen ergab 50 bis 80 Pud, Gerste und Hafer 30 bis 60 Pud auf die Deßjatine. Nach den hochgespannten Erwartungen des Vorsommers bedeutete der Ernteertrag für den Bauern eine herbe Enttäuschung. Die zweite Enttäuschung bereiteten ihm die Getreidepreise. Sie hielten sich den ganzen Herbst über auf gleicher Höhe und betrugen für Weizen 1 Rubel 25 Kopeken, für Gerste 70 Kopeken und für Hafer 80 Kopeken für 1 Pud. Bei diesen Getreidepreisen hält es für den Bauern schwer, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, die Abgaben zu bestreiten, die Wirtschaft in Ordnung zu halten und die Familie mit allem Notwendigen zu versorgen. Das Vieh ist im Preise stark gesunken; so kostet ein mittleres Arbeitspferd 150 Rubel, eine Milchkuh 100 Rubel, ein Schaf 10 Rubel, ein Schwein 10 Rubel pro Pud. Die Fabrikwaren stehen dagegen im Preise ziemlich viel höher als die Produkte der Landwirtschaft; so kostet ein Wagen 250 Rubel, eine einfache Mähmaschine 220 Rubel, ein Bucker 130 Rubel, Schnittwaren von 50 Kopeken bis 28 Rubel per Meter, ein Paar Stiefel 20 bis 40 Rubel usw. Trotz der teuren Preise ist ein Wachstum der Wirtschaften nicht zu verkennen. In unserem Dörfchen ist nur noch eine pferdelose Wirtschaft vorhanden; die übrigen sind, wenn auch schwach, mit einigem Arbeitsvieh versorgt und konnten zur Not ihre Herbstarbeiten verrichten. Für diese Arbeiten war die Witterung überaus günstig. Anfangs September gingen überall in der Krim starke Regengüsse nieder, die das Land durchtränkten. Gleich nach der Regenperiode wurde mit der Herbstsaat begonnen, die sich herrlich entwickelte. Die jungen Saaten haben mit ihrem saftreichen Grün den ganzen Acker überzogen und versprechen dem Landmann bei sonstigen guten Witterungsverhältnissen eine gute Ernte. Zur günstigen Entwicklung der Saaten hat auch die warme Witterung viel beigetragen, die wir bis jetzt hatten. Fröste fehlten bisher gänzlich. Nur selten denkt jemand an das Heizen der Stube.

Der Handel in den Kooperativen, in Privatläden ist flau. Es fehlt sehr oft an den für die Bevölkerung nötigsten Waren; besonders ist dies bei Schnittwaren der Fall. Dünne Sommerstoffe sind ja wohl in genügender Menge vorhanden, aber an Winterstoffen zeigt sich oft ein **fühlbarer Mangel, den aber unsere** Fabriken wahrscheinlich in nächster Zeit beheben werden. Leider fehlt es bei dem Bauer noch öfter an baarem Gelde, um das Notwendige zu kaufen. Im Zusammenhang mit dem Geldmangel macht sich eine Unsicherheit des Verkehrs fühlbar. Bei hereinbrechender Nacht ist es nicht ratsam, sich auf den Weg zu begeben. Oft hört man von Diebstählen, Beraubungen und Mord. Doch unsere Behörden gehen ziemlich energisch gegen diese lichtscheuen Elemente vor. So wurden unlängst zwei Mörder in Simferopol gerichtet, die den Einkäufer der Kronentheater Kooperative erschossen hatten, der eine wurde zum Tode durch Erschießen, der andere zu 10jähriger Zwangsarbeit verurteilt. Hoffen wir, daß dies energische Vorgehen bald dem Unwesen steuern wird.

Auf dem Gebiete des Bildungswesens ist im letzten Sommer mancherlei geleistet worden. Im Juli fanden in Simferopol Schulungskurse für die Lehrer in deutscher Sprache statt, an denen sich über die Hälfte der Krimer Lehrerschaft beteiligte. Diese Kurse brachten manches Neue für den Unterricht. Eine schöne Anzahl deutscher Schulen, die bisher auf eigene Mittel angewiesen wären, wurde in das feste Schulnetz und auf Staatsmittel übernommen. In den vorhandenen Schulen 2. Stufe wurden auf Staatsmittel Freistellen geschaffen, so daß jede Schule die Hälfte ihrer Schüler aus unbemittelten lernbegierigen Kindern rekrutieren kann. Leider ist die Unterrichtszeit in den Schulen zu kurz. So schloß der Unterricht in den deutschen Schulen im laufenden Jahre am 15. Mai und begann erst wieder am 15. September. Inoffiziell sind aber die Ferien noch länger. Die Bevölkerung erkennt den Nutzen der Schulbildung noch zu wenig an und verhält sich der Schule gegenüber ziemlich lau. Schulversäumnisse, beinahe ohne jeglichen vernünftigen Grund, sind daher keine seltene Erscheinung. Andererseits leidet die deutsche Schule unter dem Mangel für unsere Verhältnisse brauchbarer Schulbücher und Schreibmaterialien. Auch auf diesem Gebiete soll Wandel geschafft werden.

Schleiertragen wird Türkinnen verboten.

Konstantinopel, 13. Dez.— Die Schleier sind nun gleichfalls, wie der Fez, in der Provinz Trapezunt als altmodisch verboten worden. Schleiertragende Frauen werden verhaftet werden. Der Provinzialrat hat entschieden, daß ein Schleier ungesund sei und der Frau das Recht nehme, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Amerikanische Farmer wollen von Europa lernen.

Chicago, 13. Dez. — Die Farmer der neuen Welt wollen neue Praktiken erlernen. Es ist daher eine Studienreise nach Europa angesagt worden, wie die American Farm Bureau Federation mitteilt, an der über 500 Landwirte teilnehmen werden.

Die Reise umfaßt Besuche in England, Irland, Schottland, Frankreich, Belgien, Deutschland, Dänemark und Holland. Die gewöhnliche Reiseroute der Europafahrer soll völlig vermieden werden.

In Holland soll das System der Bewässerung, in Deutschland das System der Wiederaufforstung, wie überhaupt die Methoden der Forstwirtschaft, dann die Anlage der Landstraßen am Rhein, in Dänemark die Schlachthäuser und die Versendung von Fleisch und Eiern studiert werden.

Polen und Tschechen beteiligen sich.

Die Stahlfabrikanten Polens und der Tschechoslowakei bewarben sich formell um Zulaß zu dem jüngst gegründeten europäischen Stahlkonsortium, an dessen Spitze Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg stehen. Die Bewerber dürften in der Sitzung in Paris von 40 Delegaten der bereits zu dem Konsortium gehörigen Stahlfabriken aufgenommen werden. Delegaten der polnischen und tschechoslowakischen Stahlinteressenten wohnten bereits der ersten Sitzung bei, in welcher die Besprechung einer Einigung über die Erzeugung von Eisenbahnschienen auf der Tagesordnung stand.

Frische gefrorene Weißfische
ausgenommen, 8c per Pfund
RUDOLPH MUSCH
Gen. Merchant
St. Walburg, Sask.

Zwei Carpenter suchen Stellung in der Umgebung von Regina oder Calgary. Anzufragen: Box 72, Courier, 1835 Halifax St. Regina.